

Blick nach Brüssel

Von der Binnenmarktakte, dem europäischen Patentschutzsystem und der aktuellen Rechtsprechung zur Beihilfeproblematik

I. Einleitung

Nach der Vollendung des Binnenmarktes 1992 haben sich wieder so viele neue Barrieren an den Grenzen der Mitgliedstaaten aufgebaut, dass eine zweite Binnenmarktinitiative ansteht. Diese wird von der Kommission als „Single Market Act“ bezeichnet. Hierzu hat sie zunächst 50 Vorschläge zur Diskussion gestellt, die anlässlich des bevorstehenden 20. Jahrestages der Vollendung des Binnenmarktes eine Belebung desselben herbeiführen sollten. Schließlich sind „Zwölf Hebel politischen Handelns“ identifiziert und zu jedem dieser Hebel eine Leitaktion vorgeschlagen worden. So wird unter anderem die Schaffung eines einheitlichen Patentschutzsystems als Ziel formuliert. Die geplanten Strategien betreffen jedoch auch Bereiche des Urheberrechts und des Frequenzmanagements. Im Folgenden soll ein kurzer Überblick zu den geplanten Neuerungen gegeben werden, wobei sich die Ausarbeitung schwerpunktmäßig auf das europäische Patentschutzsystem und die aktuellen Entwicklungen konzentriert.

Abschließend widmet sich der Blick nach Brüssel anlässlich einer aktuellen Entscheidung des EuG dem Tatbestand der Beihilfe nach Art. 107 Abs. 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV). Hierbei steht die Frage im Vordergrund ob staatliche Maßnahmen, insbesondere staatliche Zusagen oder Garantieerklärungen, wie sie auch im Rahmen der Finanzkrise getätigt wurden und Unterstützungshandlungen von Politikern, Beihilfe im Sinne des Art. 107 Abs. 1 AEUV darstellen.

II. Die möglichen Auswirkungen des Single Market Act auf den Bereich Medien- und Kommunikation

Die Ausarbeitung der Kommission vom Oktober 2010 beruht auf dem von Präsident Barroso in Auftrag gegebenen und von Mario Monti ausgearbeiteten Bericht über die Neubelebung des Binnenmarktes¹. Die hierauf basierende Binnenmarktakte fügt sich in die digitale Agenda für Europa², einer von sieben Leitinitiativen der Strategie „EU 2020“, ein³. Geplant ist eine Umsetzung der Akte pünktlich zum 20. Jahrestag des Binnenmarktes Ende 2012 um diesem „neue Dynamik zu verleihen“. Nachdem der Rat am 10.12.2010 die grundlegenden Ansätze der Binnenmarktakte befürwortet hat und das Parlament am 06.04.2011 seine Ansichten darstellte, hat die Kommission zwölf Hebel zur Förderung von Wachstum um Vertrauen entwickelt⁴. Dieser Aktionsplan beinhaltet zudem zwölf Leitaktionen, die jedoch die vorherigen 50 Vorschläge zur Binnenmarktakte nicht ersetzen, sondern lediglich eine Prioritätensetzung darstellen. Unter den „Hebeln“ – „Rechte des geistigen Eigentums“ – „Netze“ – „Digitaler Binnenmarkt“ sind folgende Leitaktionen, Vorhaben und Ziele zusammengefasst:

1. Bericht an den Präsidenten der EU-Kommission von Mario Monti, ec.europa.eu/commission_2010.../20100510_1_de.pdf - [letzter Abruf: 14.05.2011].
2. Vgl. Schmittmann/Brock, AfP 2011 S. 34 f., Blick nach Brüssel: Projekte im Rahmen der Digitalen Agenda, der Stand des ACTA-Abkommens und zur Übernahme von BSKyB durch News Corp.
3. Mitteilung der Kommission an das europäische Parlament, den Rat, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Auf dem Weg zu einer Binnenmarktakte, KOM (2010) 2020.
4. Mitteilung der Kommission, Binnenmarktakte Zwölf Hebel zur Förderung von Wachstum und Vertrauen „Gemeinsam für neues Wachstum“.

1. Rechte des geistigen Eigentums⁵

In ihrer Mitteilung betont die Kommission die überragende hohe Bedeutung des Rechts am geistigen Eigentum, als ein in der Charta der Grundrechte geschütztes Eigentumsrecht. Der Schutz dieses Rechts sei unerlässlich für die Entwicklung innovativer Produkte und Dienstleistungen und fördere die Investitionsbereitschaft.

a) Einführung eines europäischen Patentschutzsystems (Unified Patent Litigation System) als Leitaktion

Ziel ist es, einen einheitlichen europäischen Patentschutz zu schaffen. Dies soll durch das sog. Unified Patent Litigation System verwirklicht werden, welches sowohl ein einheitliches europäisches Patent als auch ein einheitliches gerichtliches Verfahren zur Durchsetzung desselben und damit die Schaffung einer europäischen Patentgerichtsbarkeit beinhaltet⁶. Diese Entwicklung ist nach Kommissionsauffassung zwingend erforderlich, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, Marken- und Produktpiraterie zu bekämpfen und eine Vereinfachung und Kostensenkung im Vergleich zum bestehenden System zu erreichen. Die Einführung eines einheitlichen Systems würde sich damit – so die Kommission – unmittelbar auf Forschung und Handel auswirken, da Unsicherheiten hinsichtlich des Patent- und Rechtsschutzes beseitigt würden.

aa) Hintergrund⁷

Bisher können Patente entweder durch nationale Patentämter oder das Europäische Patentamt erteilt werden. Das Europäische Patentamt ist keine Institution der Europäischen Union, sondern beruht auf einem eigenständigen völkerrechtlichen Abkommen, dem EPÜ. Daher sind auch Länder wie die Schweiz Mitglied des EPÜ. Ein solches herkömmliches Europäisches Patent, welches in allen Ländern der Europäischen Union gelten soll, ist mit enorm hohen Kosten (bis 32.000 €) verbunden, da es in jedem Mitgliedstaat für den es gelten soll, validiert werden muss. Nach Erteilung zerfällt es in nationale Einzelpatente der Länder, in denen es validiert wurde. Es wird daher auch als Bündelpatent bezeichnet. Zudem bedeutet es aufgrund der Übersetzungserfordernisse für die jeweiligen Mitgliedstaaten einen sehr großen Aufwand. Die Rechtsprechung über Rechtsbeständigkeit und Verletzung dieser nationalen Einzelpatente obliegt den jeweiligen nationalen Gerichten, womit aufgrund der teils gegensätzliche Entscheidungen der Gerichte stets eine gewisse Rechtsunsicherheit besteht. Ein einheitlicher Patentschutz war somit bisher nicht gewährleistet. Trotz dieser Schwierigkeiten ist eine Vereinheitlichung mangels konsensfähiger Vorhaben bisher nicht geglückt. Als besonders problematisch stellte sich in diesem Zusammenhang die Einigung hinsichtlich der Übersetzungsregelungen dar⁸. Aufgrund einer Initiative von zwölf Mitgliedstaaten legte die Kommission dem Rat schließlich am 13.04.2011 einen Vorschlag über eine Verordnung zur Umsetzung einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des einheitlichen Patentschutzes vor⁹. Dabei soll zwar das bestehende Patentsystem beibehalten werden, dem (herkömmlichen) Europäischen Patent jedoch eine einheitliche Geltung in der gesamten Union verschafft werden. Eine Regelung zur Schaffung einer einheitlichen Patentgerichtsbarkeit ist dagegen nicht enthalten. Dieser Vorschlag wurde

5. Vgl. hierzu Insgesamt: Mitteilung der Kommission, Binnenmarktakte Zwölf Hebel zur Förderung von Wachstum und Vertrauen „Gemeinsam für neues Wachstum“.
6. Sijerna, jurisPR-WettbR 4/2011 Anm. 1.
7. Vgl. hierzu insgesamt: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Umsetzung der verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Schaffung eines einheitlichen Patentschutzes, 2011/0093 vom 13.04.2011 S. 2/ KOM (2011) 215.
8. EuZW 2011 S. 204.
9. KOM (2010) 790.

mit der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Umsetzung der verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Schaffung eines einheitlichen Patentschutzes¹⁰ sowie einer weiteren Verordnung in Hinblick auf die anzuwendenden Übersetzungsregelungen¹¹ aufgegriffen.

bb) Inhaltliche Regelungen der VO

Zentrale Regelung der Verordnung ist ein einheitlicher Patentschutz. Das „Europäische Patent mit einheitlicher Wirkung“ tritt neben das bereits bestehende „Europäische Patent“ und die nationalen Patente. Für bestehende Europäische Patente kann innerhalb einer Monatsfrist ein Antrag auf Registrierung der einheitlichen Wirkung gestellt werden. Zuständig bleibt weiterhin das Europäische Patentamt (EPA). Aufgrund der einheitlichen Wirkung kann das Patent nach Art. 3 Nr.1 der VO nur für alle Hoheitsgebiete gemeinsam erteilt oder widerrufen werden. Auch gilt es gleichzeitig als nationales Patent für den Mitgliedstaat, in dem der Patentinhaber zum Zeitpunkt der Einreichung der Patentanmeldung seinen Wohnsitz oder Sitz hat, Art. 10 Nr.1 der VO.

cc) Stolpersteine bei der Schaffung einer einheitlichen Patentgerichtsbarkeit¹²

Das geplante internationale Übereinkommen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Schaffung eines für Rechtsstreitigkeiten über europäische Patente und Gemeinschaftspatente zuständigen Gerichts sieht die Einrichtung eines einheitlichen Patentgerichts vor, welchem nach § 15 des Übereinkommens¹³ die ausschließliche Zuständigkeit auf dem Gebiet des Gemeinschaftspatents unter anderem für Klagen wegen Verletzung von Patenten, auf Schadensersatz und Einstweiligen Rechtsschutz eingeräumt wird. Damit liegt eine Übertragung der üblicherweise den nationalen Gerichten obliegenden materiellen Zuständigkeit vor. Die Zuständigkeit hinsichtlich der nationalen Patente wird dadurch nicht berührt.

Im Rahmen der Erarbeitung des Entwurfs des Übereinkommens ergaben sich jedoch rechtliche Bedenken, so dass der Rat der Europäischen Union dem Gerichtshof gem. Art. 218 Abs. 6 AEUV einen Antrag auf ein Gutachten vorlegte¹⁴. Die darin aufgeworfene Frage der Vereinbarkeit der Schaffung eines einheitlichen Patentgerichtssystems mit den Bestimmungen des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften hat der EuGH in seinen Gutachten vom 08.03.2011 verneint¹⁵. Zunächst stellte er fest, dass es eine grundlegende Verpflichtung der Mitgliedstaaten darstelle, in „ihrem Hoheitsgebiet (...) für die Anwendung und Wahrung des Unionsrechts zu sorgen“¹⁶. Die Wahrung des Rechts obliege damit den nationalen Gerichten in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Gerichtshof. Dies beinhalte auch die Verpflichtung und das Recht, dem Gerichtshof Rechtsfragen zur Vorabentscheidung vorzulegen. Der Entwurf zur Schaffung eines einheitlichen Patentgerichtssystems sehe jedoch eine ausschließliche Zuständigkeit des europäischen Patentgerichts auf dem Gebiet des Gemeinschaftspatents vor, womit dieses an die Stelle der nationalen Gerichte trete und somit allein berechtigt sei im Rahmen seiner ausschließlichen Zuständigkeit Unionsrecht auszulegen und anzuwenden, sowie dem EuGH Fragen zur Vorabentscheidung vorzulegen¹⁷. Dadurch würde den nationalen Gerichten ihre Kompetenz genommen. Das in Art. 267 AEUV vorgesehene System zur Zusammenarbeit von EuGH und nationalen Gerichten würde mithin in diesem Bereich abgeschafft¹⁸. Ferner hält der EuGH es für proble-

matisch, dass Entscheidungen des Europäischen Patentgerichts nicht Gegenstand eines Vertragsverletzungsverfahrens sein können. Sollte eine Entscheidung gegen Unionsrecht verstoßen, so könnte anders als bei Entscheidungen nationaler Gerichte nicht der Gerichtshof angerufen oder eine Verpflichtung zum Schadensersatz eines Mitgliedstaates begründet werden¹⁹. Die Einführung eines einheitlichen Rechtsschutzes scheint damit zunächst gescheitert.

dd) Ausblick

Es bleibt festzuhalten, dass mit der Einführung des einheitlichen Patents zwar ein entscheidender Schritt in Richtung eines einheitlichen Patentschutzsystems getan wurde. Ob es jedoch eines einheitlichen Rechtsschutzes bedarf, um die Durchsetzbarkeit eines Patents im gesamten Gebiet der Europäischen Union sicher zu stellen, ist umstritten²⁰. Dies wird kritisch vor allem an jenen Gerichtsstandorten gesehen, an denen aufgrund des Know-how der Spruchkammern, der dortigen Konzentration von fachkundigen Rechtsanwälten und der Bereitschaft der Parteien, entsprechende Zuständigkeitsvereinbarungen in ihren Verträgen vorzusehen, beste Erfahrungen mit der nationalen Gerichtsbarkeit gemacht wurden. Es bleibt abzuwarten, wie die Kritikpunkte des EuGH gelöst werden. Insbesondere die Implementierung eines Rechtsschutzsystems, welches eine einheitliche Rechtsprechung gewährleistet und zugleich die nationalen Gerichte nicht überflüssig macht, scheint vor diesem Hintergrund einen besonderen Balanceakt darzustellen.

b) Verbesserte Verwaltung von Urheberrechten für legale Online-Inhalte und Bekämpfung von Marken- und Produktpiraterie²¹

Geplant ist nach der Binnenmarktakte ferner die Erleichterung der Lizenzerteilung und -verwaltung mit dem Ziel durch eine Verbesserung der elektronischen Urheberrechteverwaltung Online-Inhalte leichter zugänglich zu machen. Hintergrund ist die Schaffung eines europäischen digitalen Binnenmarktes. Dieser erfordert eine effektive Nutzung kreativer Inhalte, wobei Inhalte zwar leicht verfügbar, für Rechteinhaber aber auch ein hinreichendes Schutzniveau gewährleistet sein soll. Zudem gilt es die Vorteile des Binnenmarktes auch auf Online-Dienstleistungen auszuweiten. Der moderne Europäer, der einen Großteil seines Berufs-, Geschäfts- und Privatlebens über das Internet abwickelt, soll auch in diesem Bereich, insbesondere beim „online shoppen“, von den Vorteilen des Binnenmarktes profitieren. Daher gilt es die Grundfreiheiten des Binnenmarktes auch auf den digitalen Binnenmarkt auszudehnen. Mit der Ausweitung des legalen Angebots soll zudem auch die Bekämpfung von Marken- und Produktpiraterie einhergehen. Ziel ist es den Rechtsrahmen an den im Zuge der Entwicklung des Internets entstandenen Bedarf anzupassen und sowohl die Europäische Beobachtungsstelle als auch die Zollbehörden zu stärken. Dadurch soll dem boomenden Handel mit gefälschten Produkten Einhalt geboten werden. Weiterhin soll eine Verbesserung des europäischen Markensystems herbeigeführt werden, um das europäische System und die nationalen Systeme mehr aneinander anzugleichen.

2. Netze – Gewährleistung einer effizienten Funkfrequenzverwaltung- und Nutzung²²

Leitaktion zu diesem „Hebel“ ist laut Mitteilung der Kommission der „*Erlass von Rechtsvorschriften zu den Energie- und Verkehrsinfrastrukturen mit dem Ziel, strategische Projekte von europäischem Interesse zu bestimmen und zu entwickeln und Interoperabilität und Intermodalität*

10. KOM (2011) 215, (COD) 211/0093, ABIEU Nr. L 76 vom 22.03.2011.

11. KOM (2011) 216.

12. Vgl. hierzu insgesamt: Avis 1/09, Gutachten 1/09 des Gerichtshofes vom 08.03.2011.

13. Avis 1/09, Gutachten 1/09 des Gerichtshofes vom 08.03.2011, Rdn. 10, 73.

14. Müller, EuZW 2011 S. 851.

15. Avis 1/09.

16. Avis 1/09 Rdn. 68,69.

17. Avis 1/09 Rdn. 79.

18. Avis 1/09 Rdn. 84.

19. Avis 1/09 Rdn. 86 ff., EuGH Urteil vom 30.09.2003.

20. Bejahend *Stjerna*, juris PR-WettbR 4/2011 Anm. 1.

21. Vgl. hierzu insgesamt: KOM (2010) 608, Mitteilung der Kommission, Binnenmarktakte Zwölf Hebel zur Förderung von Wachstum und Vertrauen „Gemeinsam für neues Wachstum“.

22. Vgl. hierzu insgesamt: Mitteilung der Kommission, Binnenmarktakte Zwölf Hebel zur Förderung von Wachstum und Vertrauen „Gemeinsam für neues Wachstum“.

sicherzustellen²³. Die Kommission stellte fest, dass leistungsfähige Infrastrukturen, auch im Bereich der Kommunikationsnetze Voraussetzung für eine effizient wirtschaftliche Integration sind. Sie fördern die Grundfreiheiten des Binnenmarktes. Angestrebt wird eine strategische Planung und Harmonisierung der Frequenznutzung. Diese seien für eine digitale Gesellschaft unerlässlich. Dies gelte umso mehr in Anbetracht der Fragen zur Verfügbarkeit und effizienten Nutzung im Bereich der elektronischen Kommunikation.

3. Digitaler Binnenmarkt²³ – Weiterentwicklung des elektronischen Handels im Binnenmarkt

Ziel ist die Förderung und damit das Wachstum des digitalen Binnenmarktes. Grundproblem ist dabei jedoch die hohe Missbrauchsanfälligkeit und das damit einhergehende fehlende Vertrauen in elektronische Transaktionen. Das Sicherheitsbedürfnis soll durch eine Überarbeitung der Richtlinie zur Digitalen Signatur sowie Rechtsvorschriften zur gegenseitigen Anerkennung der elektronischen Identifizierung und Authentifizierung befriedigt werden (Leitaktion). Damit soll eine sichere elektronische Interaktion ermöglicht werden. Die Kommission verpflichtet sich ferner einen Aktionsplan über die Entwicklung des elektronischen Handels zu erarbeiten und die bereits bestehenden Regelungen zur Sicherheit von Online-Zahlungen, zum Schutz personenbezogener Daten und zum Schutz von Internet-Diensteanbietern zu analysieren und ggf. auszubauen.

4. Ausblick

Die EU hat sich mit der Binnenmarktakte und dem daraus resultierenden „Zwölf-Hebel-Programm“ ein ehrgeiziges Ziel gesteckt²⁴. Der Binnenmarkt als eines der Kernstücke des europäischen Projekts soll den Anforderungen einer digitalen Wirtschaft gemäß reformiert werden, damit sich Europa im Wettbewerb auf den internationalen Märkten besser behaupten kann. Unter dem Konzept „Intelligentes Wachstum“ sollen Innovation und Kreativität gefördert werden. Es bleibt abzuwarten inwieweit die Agenda in dem angestrebten Zeitraum von 18 Monaten erfolgreich umgesetzt wird. Mit der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Umsetzung der verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Schaffung eines einheitlichen Patentschutzes wurde jedoch bereits zeitnah der erste „Hebel“ in Angriff genommen.

III. Staatliche Förderzusagen als Beihilfe?

1. Vorbemerkung

Anlässlich der Entscheidung des EuG in Sachen *France Télécom*²⁵ soll vorliegend das Kriterium der „Belastung des Staatshaushaltes“ näher beleuchtet werden. Nach Art. 107 Abs. 1 AEUV sind „staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Binnenmarkt unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen den Mitgliedstaaten beeinträchtigen²⁶. Zentrales Kriterium ist zunächst das Vorliegen einer Begünstigung²⁶. In seiner bisherigen Rechtsprechung hat der EuGH zudem wiederholt bestimmt, dass staatliche Beihilfen „mittelbar oder unmittelbar aus staatlichen Mitteln gewährt werden“²⁷ müssen. Auch in dem *PreussenElektra* Urteil erklärte der Gerichtshof es entspräche seiner Rechtsprechung, dass nur solche Vorteile als Beihilfe anzusehen seien, die unmittelbar oder mittelbar aus staatlichen

Mitteln gewährt werden. Es muss somit neben der Begünstigung auch eine Belastung des Staatshaushaltes vorliegen. In dem aktuell ergangenen Urteil hat das EuG diese Rechtsprechung bestätigt²⁸. Zu beurteilen war in diesem Fall ob staatliche Maßnahmen, insbesondere staatliche Zusagen oder Garantierklärungen wie sie auch im Rahmen der Finanzkrise getätigt wurden und Unterstützungshandlungen von Politikern, die oben genannten Kriterien der Beihilfe erfüllen.

2. Hintergrund - Das Urteil *France Télécom*²⁹

Der Entscheidung lag folgender Sachverhalt zugrunde: *France Télécom* (im Folgenden FT), ehemals als juristische Person des öffentlichen Rechts gegründet und seit 1996 Aktiengesellschaft, geriet 2001 in finanzielle Schwierigkeiten. Der französische Staat, der mit 56,45% an FT beteiligt war, erklärte daraufhin im Juli 2002 durch den französischen Finanzminister in einem Presseinterview, der Staat werde „zu gegebener Zeit (...) falls es notwendig ist (...) in seiner Eigenschaft als Aktionär (...) angemessene Maßnahmen ergreifen“ um die Krise zu überwinden. Überdies plante die Regierung eine nicht gesonderte öffentlich angekündigte Beteiligung des Staates in Form eines befristeten Aktionärsvorschlusses an und meldete diesen auch der Kommission. Zur Inanspruchnahme des Vorschlusses kam es jedoch nicht, da sich die finanzielle Lage von FT im Folgenden zweiten Halbjahr des Jahres 2002 stabilisierte. In ihrer Entscheidung 2006/621/EG vom 03.08.2004 stellte die EU-Kommission fest, dass Frankreich zugunsten von FT staatliche Beihilfe geleistet habe. In einem vor dem Europäischen Gericht angestrebten Nichtigkeitsverfahren gegen die Kommission entschied dieser jedoch entgegen den Feststellungen der Kommission, dass keine Beihilfe vorlag. Dies gilt obwohl die Kommission nachweisen konnte, dass durch die Förderzusage ein messbarer wirtschaftlicher Vorteil für FT entstanden ist. Das Gericht führte aus, es sei erforderlich, dass die „Intervention des Staates eine Stärkung der wirtschaftlichen und/oder finanziellen Stellung oder gar Bereicherung des Begünstigten zur Folge hat“³⁰. Die in diesem Fall vorliegende Erklärung der französischen Regierung sei jedoch sehr vage und damit nicht hinreichend konkret gewesen. Sie habe zudem weder einen Finanzrahmen noch die Voraussetzungen unter denen der Staat eintreten wolle benannt und habe daher keine harte Verpflichtung zur finanziellen Unterstützung enthalten. Zentraler Maßstab war damit wohl der nicht bindende Charakter der Erklärung. Der geplante, jedoch nicht in Anspruch genommene Aktionärsvorschluss hingegen habe nicht zu einem zusätzlichen, über die Wirkung der Zusage hinausgehenden Vorteil geführt³¹.

3. Bewertung des Urteils im Hinblick auf die Beihilfekriterien / Reaktionen im Schrifttum

Die Entscheidung führte im Schrifttum zu erneuten Diskussionen insbesondere zum Kriterium der Belastung des Staatshaushaltes. Zur Debatte stand insbesondere die Frage wann der in Aussicht gestellte Vorteil so gesichert sei, dass eine messbare Verbesserung für den Empfänger eintrete³². Zentrales Kriterium war nach der bisherigen EuGH-Rechtsprechung die Unbedingtheit der Unterstützungshandlung oder Förderzusage. So sollte es nicht ausreichen, wenn die Zusage noch von einer Bedingung, wie zum Beispiel einer behördlichen Genehmigung oder wie im Verfahren Österreich/Kommission³³ gar von der Bestätigung durch die Kommission abhängig gemacht wird³⁴. In diesen Fällen sei die Förderzusage nicht hinreichend konkret. Eine potentielle Belastung des Staatshaushaltes könne im Gegensatz zu künftigen aber konkreten Belastungen nicht

23. Vgl. hierzu insgesamt: Mitteilung der Kommission, Binnenmarktakte Zwölf Hebel zur Förderung von Wachstum und Vertrauen „Gemeinsam für neues Wachstum“.

24. Mitteilung der Kommission, Binnenmarktakte Zwölf Hebel zur Förderung von Wachstum und Vertrauen „Gemeinsam für neues Wachstum“, u.a. S. 1.

25. EuG, Urteil vom 21.05.2010 - T-425/04, T-444/04, T-450/04 und T-456/04.

26. *Kassow*, EuZW 2010 S. 856.

27. EuGH Urteil vom 17.03.1993 - Rs. C-72/91, Vgl. auch EuGH Urteil vom 30.11.1993 - Rs. C-189/91; *Soltéz*, EuZW 2011 S. 254.

28. EuG, Urteil vom 21.05.2010 T-425/04 u.a., Rdn. 214.

29. Vgl. hierzu insgesamt: EuG, Urteil vom 21.05.2010 - T-425/04 u.a.

30. EuG, Urteil vom 21.05.2010 T-425/04 u.a., Rdn. 231.

31. EuG, Urteil vom 21.05.2010 - T-425/04 u.a., Rdn. 245 ff.

32. *Kassow*, EuZW 2010 S. 856.

33. EuGH, Urteil vom 15.02.2001 - Rs. C-99/98, EuZW 2001 S. 174.

34. *Kassow*, EuZW 2010 S. 856.

ausreichen³⁵. Im Rahmen des Verfahrens France Télécom stand nicht nur das staatliche Förderangebot, vorliegend der in Aussicht gestellte Aktionärsvorschluss, zur Diskussion, sondern auch die zuvor getroffene staatliche Äußerung. Die Kommission war in ihrer Entscheidung aufgrund einer Gesamtwürdigung beider Aspekte zur Annahme einer Beihilfehandlung gelangt. Das Gericht hat diese Argumentation so nicht übernommen und bewertete die Handlungen strikt getrennt voneinander. Hinsichtlich der Aussage des Staates hat das Gericht eine Beihilfe mangels konkreter Zusage abgelehnt. Damit sei keine zumindest potentielle Bindung staatlicher Mittel eingetreten³⁶. Bezüglich des Aktionärsvorschlusses prüfte das Gericht hingegen das tatsächliche Vorliegen eines wirtschaftlichen Vorteils. Dieser läge zwar – wie zuvor von der Kommission angeführt – trotz fehlender Belastung des Staatshaushaltes vor, da eine Stabilisierung und eine anschließende Refinanzierung ermöglicht wurde. Jedoch sei dies nicht auf den geplanten Aktionärsvorschluss zurückzuführen. Die Vereinbarung diesbezüglich sei nämlich nicht gesondert bekannt gegeben worden, so dass die Wirkung auf die Märkte lediglich von der vorherigen Ankündigung ausgegangen sei³⁷. Insofern lag nach Auffassung des Gerichts kein seiner Ansicht nach erforderlicher zusätzlicher, gesonderter und eigenständiger wirtschaftlicher Vorteil in der Bereitstellung des nicht in Anspruch genommenen Aktionärsvorschlusses.

Es können folglich zwei entscheidende Kriterien aus der Argumentation der EuG extrahiert werden. Zum einen ist eine Verbindlichkeit der Förderzusage erforderlich um eine zumindest potentielle Belastung des Staatshaushaltes herbeizuführen. Insofern folgt das EuG der Rechtsprechungspraxis des EuGH. Zum anderem müssen staatliche Fördermaßnahmen gerade im Zusammenhang mit vorherigen Zusagen einen messbaren, zusätzlichen wirtschaftlichen Vorteil herbeiführen, der unabhängig von der vorherigen Zusage eintritt. Nur dann liegt eine Begünstigung vor. Damit muss in derartigen Fällen eine konkrete Einzelfallprüfung vorgenommen werden. Es liegt folglich keine Abkehr vom Erfordernis der Belastung des Staatshaushaltes, welche zu einer ausufernden Ausweitung des Beihilfebegriffs führen würde, vor. Zwar entspricht eine solch tendenziell weite Auslegung der Ansicht der Kommission, die eine Beihilfe trotz lediglich potentieller Belastung des Staatshaushaltes annehmen will. Der EuGH ten-

diert mit seiner Rechtsprechung jedoch zu einer engen Auslegung³⁸. Vorliegend hat das EuG gerade die Verknüpfung des aus der Aussage folgenden Vorteils mit der potentiellen wirtschaftlichen Beeinträchtigung durch den Aktionärsvorschluss abgelehnt. Jede Handlung wurde separat betrachtet. Selbst bei einer Gesamtbetrachtung, so argumentierte das Gericht, fehle es jedoch an der erforderlichen Verbindung zwischen Begünstigung und Belastung, so dass der Beihilfebestand nicht erfüllt sei³⁹.

4. Zusammenfassung

Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass staatliche Förderzusagen rein vertrauensbildende Wirkung haben und somit keine Beihilfe im Sinne des Art. 107 AEUV darstellen. Unabhängig von der tatsächlichen Begünstigungswirkung kann i.d.R. mangels konkreter Zusage zumindest keine Belastung des Staatshaushaltes angenommen werden.

5. Ausblick

Einen Einfluss auf die Frage der Einordnung von Rundfunkfinanzierung als Beihilfe hat die Entscheidung wohl nicht. Die Staatlichkeit derselben wurde bereits vom EuGH anhand genereller Kriterien bejaht⁴⁰. Infrage steht hier, ob darin eine Begünstigung zu sehen ist. Dies richtet sich jedoch nach den in der Altmark-Entscheidung aufgestellten Kriterien⁴¹.

*Rechtsanwalt Michael Schmittmann, Düsseldorf
Isabella Massini, Düsseldorf⁴²*

-
35. Soltész, EuZW 2011 S. 254 (255); anders: Kassow, EuZW 2010 S. 856 (859); Kommission z.B. vom 28.11.2001 – N 416/2001, UK Emission Trade Scheme.
36. EuG, Urteil vom 21.05.2010 – T-425/04, T-444/04, T-450/04 und T-456/04 Rdn. 225.
37. EuG, Urteil vom 21.05.2010 – T-425/04 u.a., Rdn. 244, 245, 246.
38. Kassow, EuZW 2010 S. 856 (860).
39. EuG, Urteil vom 21.05.2010 – T-425/04 u.a., Rdn. 214, 297, 307; Kassow, EuZW 2010 S. 856 (860).
40. EuGH, Urteil vom 13.12.2007 – Rs. C-337/6; EuG, Urteil vom 06.10.2009 – T-8/06; Ferreau, K&R 2011 S. 298.
41. Vgl. hierzu Ferreau, K&R 2011 S. 298.
42. Rechtsanwalt Michael Schmittmann ist Partner bei HEUKING KÜHN LÜER WOJTEK, Düsseldorf.; Isabella Massini wissenschaftliche Mitarbeiterin bei HEUKING KÜHN LÜER WOJTEK, Düsseldorf.